



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag Fraktion DIE LINKE öffentlich	Drucksachen-Nr.: XIX-1709
	Datum: 23.10.2013
	Aktenzeichen: 103.36-02

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	31.10.2013

Erhalt der Stelle des/der Integrationsbeauftragten, ergänzte Fassung

Sachverhalt:

Antrag der BAbg. Jersch, Heilmann, Mirbach - Fraktion DIE LINKE
Antrag der BAbg. Schumacher, Froh und CDU-Fraktion
Und der BAbg. Becker-Ewe und Fraktion Die Grünen

Erneut droht ein Auslaufen der Stelle des/der bezirklichen Integrationsbeauftragten in unserem Bezirk. Im Gegensatz zu allen anderen Bezirken der FHH ist diese Stelle in Bergedorf immer noch befristet (siehe DS 20/9541). Laut dem Bezirksamtsleiter soll die Stelle mit dem nächsten Auslaufen der Befristung Mitte 2014 entfallen. Der Bezirksamtsleiter fordert vielmehr den jetzigen Integrationsbeauftragten dazu auf, die Integrationsarbeit des Bezirks in den verbleibenden zehn Monaten zu verselbstständigen und die Stelle „überflüssig“ zu machen (Bergedorfer Zeitung vom 25.9.2013).

Bergedorf hat einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von fast 30 Prozent. In Neuallermöhe liegt dieser Anteil sogar bei mehr als 50 Prozent. Zeitgleich weisen gerade im Bereich der Kinderarmut die Zahlen für eben die Stadtteile und Quartiere mit besonders hohem Migrationsanteil (Neuallermöhe, Bergedorf-West) auf ein erhebliches Problem hin, das vor allem mit der Situation der Migrantinnen und Migranten verbunden ist. Am Curslacker Neuer Deich und im Sandwich werden Flüchtlinge untergebracht, am Ladenbeker Furtweg finden Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge ein vorübergehendes Zuhause.

Die Aufgaben der Integrationspolitik werden nicht weniger. Nachhaltige Erfolge der bisherigen Arbeit sind zumindest nicht verstetigt, wenn sie denn überhaupt da sind. In dieser Situation einen Bergedorfer Sonderweg in Hamburg zu beschreiten und die herausgehobene Wichtigkeit des Themas Integration in die normale, von ständiger 'Konsolidierung' begleitete Arbeit der Verwaltung als eines von vielen Themen zu verschieben, ist fahrlässig. Dieser Sonderweg entspricht nicht der von Senat, Bürgerschaft und dem Bezirksamt festgestellten Bedeutung von Migrantinnen und Migranten für die Gesellschaft einerseits und deren sozialer Situation in der Gesellschaft andererseits.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Petition/Beschluss:

1. Das Thema Integration hat für den Bezirk Bergedorf eine herausgehobene Stellung.
2. Die Aufgabe des/der Integrationsbeauftragten bedarf einer vollen und unbefristeten Stelle.
3. Das Bezirksamt wird gebeten, kurzfristig Vorschläge zu unterbreiten, wie die Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten ggf. durch Umwidmung entfallener Personalstellen (Verrentung o.ä.) gesichert werden kann.
4. Das Bezirksamt berichtet kurzfristig im Hauptausschuss über seine Erkenntnisse.
5. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass Stellen von bezirklichen Integrationsbeauftragten nicht den Konsolidierungsverpflichtungen der Bezirksämter zur Last gelegt werden.

Anlage/n:

Keine